

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 207.

1914. Nr. 100. Zweite Ausgabe Sonnabend, 28. Februar 1914.

Gedanken eines Führers.

Betrachten wir des teuren Landes bewohnte Provinzen und Meere, so finden wir überall, wo sich ungeheurer Reichtum herzuwurzelt, denselben bebaut, bepflanzt, geregelt, veredelt und in gleichem Verhältnis gewinnlich, in Wohl genommen, befestigt und befestigt. Da überlegen wir uns denn von dem hohen Wert des Grundbesitzes und sich genügt, ihn als das erste, das beste anzusehen, was dem Menschen werden könne.

Diese Goethe'schen Worte könnten als Motto dem prächtigen Aufschwung vorangestellt werden, den Preußen v. a. in den Jahren 1806 bis 1813 unter dem Kaiser Wilhelm II. über die innere Kolonisation veröffentlicht hat. Er bietet Gedanken zu einem Jubiläumserker und denkt doch nicht an kritische Schmeichelei nach oben oder unten. Er bietet Gedanken zu einem Jubiläumserker und denkt doch nicht an kritische Schmeichelei nach oben oder unten.

Die innere Kolonisation als die größte Aufgabe unserer Zeit erkannt ist und daß auch wiederholende Anläufe zu ihrer Verwirklichung gemacht worden sind. Aber es spricht sich auch, daß von diesen edlen Höhenflüssen noch mehr, als bereits vollbracht, erst noch zu tun ist, und es fordert dazu der Geist treuer und, wo es nötig ist, entlagungsvoller Arbeit, damit die Macht unseres Vaterlandes gegen alle Stürme sicher gegründet sei. Der angelegene Vorherrscher des Bundes der Landwirte ist auch sein Freund von Schönfärberei. Wo bisher nur mühselige Verläufe vorliegen wie auf dem besonders schwierigen Gebiete der Arbeiteranweisung, spricht er es aus, und gleichsam getreuer stellt man seine Vorkämpfe, wie es in Zukunft besser zu machen ist. Von Fürst Bismarck stammt der Wunsch, daß die größten Güterbesitzer heututage nicht weiter sind als die größten Bauern und der Bauer nichts weiter ist als der innere Gutsherr.

Wangenheim führt diese Anschauung fernerhin weiter, indem er die Landarbeiter, namentlich des Ostens, mit ihrer großen Naturalwirtschaft als kleine Feudalherren betrachtet, und er will ihnen die sichere Aussicht gewährt wissen, auf der sozialen Tufenleiter allmählich emporsteigen zu können. Mit der Warnung vor dem Schema F verbindet er die Ermahnung, ob die Arbeiter nicht besser erst zu Richtern zu machen sind, empfindlicher als dem Diktator gleichzeitige das gründliche Studium des Kanonischen und weltlichen Rechts zu erlernen, die Pflichten wie der Feudalbesitzer der Präzedenzparallele des Bundes der Landwirte dienen dem gleichen Zweck des Aufstiegs der Landarbeiter. Auch die erneute Erinnerung an den Strom deutscher Minderheiten aus Ausland, der jetzt die goldenen Räder großer Schiffahrtsgesellschaften tragen muß, ist leider nicht überflüssig.

Peter Mosjeger flagt über die „Flucht vom Fluge zum Hammer, vom Hammer etwa zum Zirkel, von diesem zur Feder, zum Doktorhut und womöglich zum Adelsbrief: nichts will im Staate mehr Grundfinden bilden, alles will nachschieben sein — wäre es ein Wunder, wenn eines Tages der Bau das Lebergewebe befände, umstürze?“ — Wesentlich in der Zukunftsgewalt, anders aber in der Einschätzung des aufstrebenden Elements denkt Fr. v. Wangenheim. Als den in der Geschichte der Kulturvölker kritischen Zeitpunkt betrachtet er die Jahre, in denen aus dem Agrarstaat sich der Handels- und Industriestaat entwickelt, in Begriffen erfindend, daß die dauernde Volkstreu im Lande liegt; dann wird das ganze Schwergewicht auf den Erwerbhandel gelegt und die Landwirtschaft, ob auch des Rostes Jungbrunnen, ruiniert. Mit Zug hielt Fr. v. Wangenheim von dem deutschen Volk seit auf diesem Scheidewege. Schon schreibt in den industriellen Begehren die scharfe Scheidung zwischen dem großkapitalistischen Unternehmertum und dem bescheidenen Proletariat und nur um so enger wirkt sich die Aufgabe an, in der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine bezügliche Entwidlung zu verhindern. Unter solchen Verhältnissen müde der Durchschnittsleiter, setzen er nicht den tüchtigen Erwerb der Untertänigkeit liebt, vermutlich munter im Extrem hindürrücken. Der führende Agrarproletar bingegen wartet vor dem Phantom, daß man jedem Menschen einen freien Land geben könne, und seine Parole bleibt die gesunde Mischung der verschiedenen Weisheiten, in deren Zeichen das ganze Land so eng beieinander werden soll, wie es die allgemeinen Interessen nur irgend gestatten. In diesem Zusammenhang kann aber nur ein Führer von der Bedeutung des Fr. v. Wangenheim der sich seine überlegende Stellung in der deutschen Landwirtschaft in Vorzugsten dieser Arbeit erlangt hat, die Rolle des Großgrundbesitzes beim Lande, daß der Blick des führenden Großgrundbesitzers heute nicht mehr anebenen, sondern erarbeitet und erlangt wird. Ebenso weiß er auch der gesamten Landwirtschaft neben den Rechten erste Pflichten zu: sie muß dessen eingedenk sein, daß sie, nachdem sie einen Schutz ihrer Produktion erhalten hat, nun um so mehr gehalten ist, dazu vollkommene Ausnutzung ihres

Reichtums das deutsche Volk mit deutschem Brot und Fleisch zu versorgen.

Alles Gedanken, würdig eines wirtschaftspolitischen Führers und Vorkämpfers, der, inmitten der Arbeit stehend, seine Berufsgenossen zur eingehenden Anspannung aller Kräfte anspornt und dem Urteil über wichtige Gegenwartsaufgaben und Zukunftsmöglichkeiten höhere Geleise geben möchte. Damit scheint in Widerspruch zu stehen, daß sich der Bundesführer neuerdings wiederholt als Besessener bezeichnet hat. Aber gibt es bei den mannigfachen Trüben und beschwerlichen Zeiten der Zeit an sich schon nur wenige, die mit dem heiligen Blick des Optimismus auf die Tageslage zu schauen vermögen, so läßt gerade die unläufige Arbeit Herrn v. Wangenheims zur inneren Kolonisation keinen Zweifel darüber, daß in ihm unter der mehr oder weniger starken Abschwächung fordernder Beobachtungen der Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes in vorbildlich reichem Maße glüht. Wenn alle Besessenen durch ihr Wort und ihr Beispiel in dem gleichen Umfang wie der hochverehrte Bundesleiter stets auch neu in die Gegenwart hineinrufen: Freisetzen und nicht verweigern! — wenn sie mit dem gleichen Erfolg, wie der Herr auf Klein-Espiegel jetzt wieder beim preussischen Grundbesitzungsfrage, die Regierung zu beeinflussen vermögen, und wenn ihr Name wie der des Herrn von Wangenheim ein Programm bedeutet, zu dem sich Hunderttausende freudig bekennen, so wirken sie nicht nur selbstständigen Lieberdemutungen entgegen, sondern bereiten auch den notwendigen Wandel vor, nach dessen Durchführung wieder berechtigter Anlaß zu einigem Optimismus wird festzustellen sein.

Deutsches Reich.

In der Budgetkommission des Reichstages ging Staatssekretär Dr. G. v. S. zunächst auf die Angelegenheit des früheren Schutztruppen-Kommandeurs von Schleinik ein. Die vom Abg. Erzberger im Vorjahre gemachten Mitteilungen über Grausamkeiten, die von farbigen Soldaten der Schutztruppe in Urundi verübt worden seien, hätten sich leider bewahrheitet. Im Einzelnen mit den zuständigen militärischen Stellen sei verhandelt worden, daß der verantwortliche Kompanieführer und der Kommandeur nicht mehr in das Schuldgebiet zurückzuführen dürfen. Ob der Gouverneur oder der Gouvernementsbeamte mit zur Rechenschaft zu ziehen seien, werde unterrichtet. Zunächst ist in allen Schutzgebieten verboten worden, daß farbige Angehörige der Truppen zu selbständigen Aktionen verwendet werden. Ueber die Hausflaubei in Ostafrika bestünden falsche Vorstellungen. Man rede besser von Sörigkeit. Mit allzu großer Schnelligkeit könne sie nicht beseitigt werden. Jedemfalls sei es für ihn unmöglich, einen bestimmten Termin für deren Abschaffung in Aussicht zu stellen. Die Verantwortung für die etwa entstehenden Folgen könne er nicht tragen. Einzelheiten über die Reise des Kronprinzen in die Schutzgebiete, die auch er freudig begrüßen werde, er nicht mitteilen. Gegenüber Neuherungen von sozialdemokratischer Seite nahm der Staatssekretär die Aktion in Schutz, die nicht als Ausbeuter angeprochen werden könnten.

Die preussische Staatsschuld

Die preussische Staatsschuld ist in den letzten Jahren fortlaufend gestiegen: von 9879,6 Millionen in 1911 auf 9866,4 Millionen in 1912, 10142,1 Millionen in 1913 und 10255,5 Millionen im Etat für 1914. Von dem letzteren Betrage entfallen 7810,8 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung und 198,7 Millionen auf die Bergverwaltung, so daß die eigentliche Staatsschuld mit 2346 Millionen an der Gesamtsumme beteiligt ist. Die Zinsen betragen 21,6 Millionen, die Zinsen für die Eisenbahnverwaltung 287,6 Millionen in 1911, 248,8 Millionen in 1912, 268,3 Millionen in 1913 und 288,5 Millionen im Etat für 1914. Dazu kommen die Zinsausgaben u. a. geben. Diese betragen sich in 1911 auf 57,1 Millionen. Der Etat für 1914 enthält die Zinsausgaben des Jahres 1913 in Höhe von 7,5 Millionen. Diese Beträge für 1914 sind, einschließlich der neu verfahrenen Veranschlagung der Eisenbahnverwaltung durch erprobte Zinsen, für die Eisenbahnverwaltung 66,9 Millionen ausbezogen. In der Finanzminister in seiner diesjährigen Rede einen Reueübersicht des Rechnungsjahres 1913 beim Reichstag im Betrage von 20 Millionen Mark in Aussicht gestellt hat, würde im Rechnungsjahre 1914 eine Zinsausgabe in Höhe von etwa 86 Millionen erfolgen können. Nach dem Etat für 1914 erfordert die Staatsschuld für die Bergverwaltung 583,5 Millionen, für die Eisenbahnverwaltung 198,7 Millionen, für die Eisenbahnverwaltung 66,9 Millionen, an den Gesamtausgaben einschließlich einer Annuität von 2,6 Millionen mit 888,8 Millionen

Mark beteiligt. Auf die Bergverwaltung fallen von den Gesamtausgaben 9,5 Millionen Mark. Die eigentliche Staatsschuld erfordert somit für Bergverwaltung und Eisenbahnverwaltung 1914 rund 101,5 Millionen Mark, für Bergverwaltung allein rund 20 Millionen Mark, ein Betrag dessen Geringfügigkeit die Inanspruchnahme einer verkürzten Schuldentilgung, wie sie mit dem Beginn des Rechnungsjahres 1914 einleiten soll, vollaus gerechtfertigt erscheinen läßt.

Kleinere politische Nachrichten.

Zur Abberufung des preussischen Gesandten in Dresden. Der sächsische König empfing gestern den preussischen Gesandten, Wirklichen Geheimen Rat Dr. v. Büllo, zur Entgegennahme seines Abberufungsschreibens in Abschiedsaudienz und verlieh ihm das Großkreuz des Albrechtsordens.

Vernehmung des Gouverneurs von Mexiko. Gestern hat in Altamira die förmliche Vernehmung des Gouverneurs von Mexiko, Generalleutnants Kurt von Lindenau, stattgefunden.

Zur Ermordung eines Deutschen in Mexiko. Gegenüber Meldungen in der Presse über die Ermordung eines Deutschen in Mexiko wiederholt ein Berliner Telegramm den „Sächsischen Zeitung“, daß der Ermordete Ruf amerikanischer Staatsangehöriger ist, und daß Deutschland in diesem Falle also unbeteteiligt ist.

Namen nennen! Die „Sächsische Landeszeitung“ sucht in einem langen Hin und Her nachzuweisen, daß bei der Landtagswahl in Lippe doch Konervative für den Sozialdemokraten gestimmt hätten. Zum Schluß sagt das Blatt:

Wir am Hand der von den liberalen Ortsvereinen eingesetzten Wahlkreise der konservativen Wähler namentlich aufzuführen, die in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt haben. Hierzu bemerkt ganz in unserer Sinne die „Sächsische“:

Wir bitten den Vorstand des Wahlbezirks ruhig fallen zu lassen und die Namen zu nennen. Dann wird sich ja zeigen, ob es sich wirklich um Konervative handelt und wie die konservativen Organisationen sich ebenfalls dazu stellen.

Georg Festermann, die Reichstagsabgeordneter Dr. Böhm, Gey, Adler und Herckmann veröffentlicht folgende Erklärung:

Wir erklären, daß die Behauptung des Herrn Abgeordneten Festermann, er habe an der Fraktionsbildung, in der der minderwertige Dr. Böhm über keine erliche Rede zum Reichstag des Innern referierte, nicht zuzugestehen, eine Unwahrheit ist. Wir sind bereit, unsere Aussage jederzeit eichlich zu erklären.

Gebühren für Zeugen und Sachverständige. Die 20. Kommission des Reichstages betreffend Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige ging am dem neungegebenen § 4a über, der in folgender Fassung angenommen wurde:

Geben in bürgerlichen Rechtsverfahren die Parteien nach dem Grade gegenüber mit einer bestimmten Vergütung für die Leistung des Sachverständigen einverstanden erklärt, so ist diese Vergütung zu gewähren, sofern ein zu deren Bedienung ausreichender Betrag an die Staatskasse gezahlt ist.

§ 4b wurde einstimmig der Beschäftigung der durch Anwesenheit von Aufenthaltsorte herzustellenden Aufwand der Zeugen und Sachverständigen von 5 auf 7,50 Mark für den Tag und weniger für jedes Quartier über 3 auf 4,50 Mark (Bergütung der Vorlage erhöht. Der neu eingeführte § 12a (Bergütung für außerdem notwendig gemordene bare Auslagen) wurde mit einer rationalen Änderung angenommen.

Rußlands Rüstungen an der Westgrenze.

Die Verärgerung Rußlands an der deutschen Grenze wurden, einer Petersburger Meldung des „Greflor“ zufolge als Gegenmaßregel gegen namhafte Verärgerungen Deutschlands an der russischen Grenze bezeichnet. Von autoritativer Seite wird dem „Sächsischen Telegraphen-Bureau“ erklärt, daß eine Verstärkung der deutschen Garnisonen an der russischen Grenze in der letzten Zeit nicht erfolgt ist.

Anderserseits sind die russischen Rüstungen an der Westgrenze seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr. Rußland baut eine Reihe von Forts auf der Rinde West-Politz—Zug—Romo—Siloton—Rien, eine Linie, die als neue Hauptverteidigungslinie gegen Deutschland und Österreich in Betracht kommt. Die Eisenbahnanlagen, die für die neuen Forts erforderlich sind, braucht die russische Regierung eigene Fabriken nach den Plänen französischer Ingenieure. Gegenwärtig ist jedoch ein großer Teil der maschinellen Anlagen dieser Eisenbahnwerke an deutsche Fabriken vergeben worden. Die geographische Lage dieser neuen Forts zeigt deutlich, daß Rußland sich jetzt nicht zufrieden genug fühlt, einen Aggressionskrieg zu unternehmen.

Ausland.

Der Fürst von Albanien in Petersburg. Der Fürst von Albanien begab sich gestern nach Jaroslawel und wurde um 12 Uhr 30 Minuten im Alexander-Palais vom Kaiser und darauf von der Kaiserin Alexandra empfangen. Sodann nahm der Prinz an der

des großen Mannes, Martin Luther. Herr Geh. Justizrat ...

auf eine Gruppe, die die Absichten erfüllen sollte. Mit dieser ...

Senkungszeit, 28. Febr. Der Hiesiger Bethel, der gestern ...

Berlin, 27. Febr. Die Senatorenkonferenz des Reichstages ...

Hamburg, 27. Febr. In einem Hause in der Langen Straße ...

Börsen- und Handelsstell.

Die Entwicklung des deutsch-englischen Handels. Der Kaiserliche ...

Eröffnung der Elbfischerei. Der Schiffsbetrieb der Vereinigten Elbfischerei ...

Standards-Winter. Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- ...

Berliner Produktbörse. Berlin, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht) ...

Schlufbörsen. Eigen: Mai 203,00, Juli 206,00, Septbr. 199,50 A; ...

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Frühmarkt. (Mittl. Notierungen) Berlin, 27. Febr. ...

Table with market prices for various goods like wheat, oil, and other commodities.

W. Hamburg, 27. Februar. Rüben-Noten 88 % für 100 kg ...

W. Hamburg, 27. Februar. Kaffee-Noten. (Für die Good average Santos) ...

W. Hamburg, 27. Februar. Woll-Noten. Die Plata-Raumung Type B ...

W. Hamburg, 27. Februar. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen ...

W. Hamburg, 27. Februar. Wasserstände und Unfrucht. (Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe) ...

W. Hamburg, 27. Februar. Wasserstände und Unfrucht. (Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe) ...

W. Hamburg, 27. Februar. Wasserstände und Unfrucht. (Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe) ...

W. Hamburg, 27. Februar. Wasserstände und Unfrucht. (Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe) ...

W. Hamburg, 27. Februar. Wasserstände und Unfrucht. (Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe) ...

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 27. Februar 1914.

Am Regierungstische: v. Dallwitz.
Präsident v. Hugel eröffnete die Sitzung um 1 3/4 Uhr.
Eingeleitet ist in das Haus hat neuerdings Mitglied Herr Generaladjutant a. D. Otto Meyer.

Auf eine Bemerkung des Grafen v. Behr-Brandenburg über den Antragsteller seinen Antrag ab; er wurde aber noch kurzer Entwürdigung des Ministers v. Dallwitz abgelehnt und § 68 unverändert angenommen.

Ein vom Oberbürgermeister Dr. Körte zum vierten Mal in dieser Sitzung gegen polizeiliche Verfügungen beantragte § 130a wurde ohne Diskussion abgelehnt und der Rest der Vorlage in der Fassung der Kommission ohne Debatte angenommen, ebenso einstimmig der Entwurf im Ganzen.

Darauf berichtete Graf v. Falkenberg namens der XI. Kommission über den Gesetzesentwurf betreffend die Bearbeitung der Auseinanderlegungsangelegenheiten in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen. Die Kommission hat die mit der Novelle zum Landesverwaltungs-gesetz in engem Zusammenhang stehende Vorlage mit wenigen Modifikationen angenommen.

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Freiherr v. Schorlemer-Lieser: Die Staatsregierung hat gegen die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen nichts einzuwenden. Die Einrichtung der General-Kommission ist trotz ihrer großen Ausgaben auch nicht für die Zwielings geschaffen.

Die Beschlüsse: Die Provinz Ostpreußen ist hier gemeinsamer Berufskreis. Die General-Kommission hat sich als ein Fremdkörper in der Provinzialverwaltung erwiesen, weil ihre Kompetenz außerordentlich weit ging; ihre Aufgaben sind in der Hauptsache erledigt. Die Tätigkeit der General-Kommission bildet ein Aufhebenblatt in der preussischen Verwaltungsgeschichte.

Der Gesamt-Kommission in die Provinz über die staatliche Hilfsfähigkeit des Anhalts. Der Entwurf übersetzt notwendig auf dem Gebiet des Schulwesens Veränderungen und Bereinigungen herbeizuführen und die auf dem Gebiet des Privatunternehmens und des Privatgewerbes stehenden Rechtskontrollen neu einzuführen.

Die Generaldebatte fand nicht statt. In der Spezialdiskussion wurde die Vorlage nach dem Kommissionsantrag eingelesen ohne Debatte angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung im Ganzen.

Oberbürgermeister Kühnau-Brandenburg berichtete in der einmaligen Schlussberatung in die Provinz über die staatliche Hilfsfähigkeit des Anhalts. Der Entwurf übersetzt notwendig auf dem Gebiet des Schulwesens Veränderungen und Bereinigungen herbeizuführen und die auf dem Gebiet des Privatunternehmens und des Privatgewerbes stehenden Rechtskontrollen neu einzuführen.

Einmaliger Schlussberatung wurde von der Ministerialberatung wegen anderweiter Festlegung der Sachverhalte für die Beamten der Auseinanderlegungsbehörden, von der Verwaltungsbeamten betreffend die Reisekosten der Offiziere und Mannschaften der Landgenarmen, sowie von dem Staatsministerienbeschluss vom 24. Juli 1913 zu den Ausführungsbestimmungen für die Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. September 1910 Kenntnis genommen.

Schluss gegen 3 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhhaus.

Sitzung vom 27. Februar 1914.

Am Regierungstische: Minister der Öffentlichen Arbeiten o. Breitenbach.
Präsident Dr. Graf v. Schermin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Landesgrenze gegen Ausland vom Quellfluss bis zum Biflufs wurde in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Landesgrenze gegen das Königreich Bayern am Lothar Bach längs der preussischen Gemeinde Grumbach, Kreis St. Wendel, und der bayerischen Gemeinde Auerbach, Kreis Grumbach, wurde in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Darauf leitete das Haus die Spezialdebatte des Entwurfs der Bauverwaltung in der allgemeinen Besprechung beim Gehalt für den Minister der öffentlichen Arbeiten fort.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Able zu mahnen und mit Bremen zu verhandeln. (Beifall.)
Nach dem letzten Bericht fehlen zum Teil die Grundlagen. Bei der Sandabgabe des Geirathes sollen alle wirtschaftlichen Interessen geschützt werden. Das Geirathesgesetz hat schon jetzt gute Folgen gezeitigt, fast alle landwirtschaftlichen Böden unseres Landes sind durch Baulandverordnung geschützt worden.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Hr. Frhr. v. Maltzahn (Kon.): Wir treten für den Antrag Altshausen ein, der die Staatsregierung ersucht, mit Bremen schleunigst eine adrevertige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 zu vereinbaren, damit die schweren Schädigungen der Gemeinde Lehe infolge unzulässiger Fassung des Vertrages aufhören.

Ziel der Ausgaben für Unterhaltung der Bienenstöcke und Bienenstöcke" führt

Abg. Boernde (Kont.): aus nach konzentrierter Auffassung darf die Ansammlung der Wasserkräfte auf unseren Strömen, Flüssen und Kanälen nicht der elektrischen Großindustrie überlassen werden. ...

Abg. Schmidt-Gong (Zentr.): Die Arbeiter der Wasserbauverwaltung fragen darüber, daß seit vier oder fünf Jahren ihre Löhne nicht aufgebessert worden, daß keine einheitlichen Lohnabstufungen festgesetzt sind. ...

Unterstaatssekretär Dr. Freiherr v. Coels von der Prägung: über ein Elektrizitätswerk an der Rogat ist bald eine Entscheidung zu erwarten. Die Wasserbauverwaltung muß die Verhältnisse ihrer Arbeiter möglichst gleich mit denen der Eisenbahnarbeiter zu machen. ...

Abg. Malle (Kont.): Die Oberregel ist früher einmal schriftlich gegeben. Die Wasserbauverwaltung würde für Sandel, Industrie und für die Landwirte noch grobem Nutzen sein. (Beifall rechts.)

Abg. von Chauvregel (Kont.): Für den Ausbau der Wasserbindung zwischen dem Wasser und dem Wasserwerke müssen noch größere Anstrengungen gemacht werden.

Gemeiner Oberregierungsrat Dr. Münchshagen: Das Projekt, dessen Ausführung der Vorredner wünschte, würde unwirtschaftlich sein. Aber der zu erwartende Verkehr würde wohl befriedigt werden, wenn die Waggons für 25 000 Mark bezogen werden würden. ...

Abg. Bohrer (Zentr.) fragte über die Hindernisse, welche die große Oberbrücke in Döbeln der Schifffahrt bereitet. Ein Wegereferat erklärte, mit Döbeln werde verhandelt. ...

Abg. Hub (Soz.) beklagte sich darüber, daß am Entwurfswesen der Arbeiter Waren auf Vorstoß gegeben seien. ...

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach Ablegung einiger weiterer Titel verlagte sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Vorlesung und kleinere Vorträge.)

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. Februar 1914.

Am Bundesstatistische: Minister der Öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach.

Vizepräsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Die Anfrage des Abg. Keil (Soz.) wegen Erkrankung von Mannschaften des Trainabteils Nr. 13 soll in einer späteren Sitzung beantwortet werden und wurde daher abgelehnt.

Die allgemeine Befreiung der Reichseisenbahnverwaltung wurde beim Kapitäl Zentralverwaltung. Chef des Reichseisenbahnamts (ohne Gehalt) ...

Abg. Hoffmann (Zentr.): Der Mangel der Reichseisenbahnen bietet ein ernstliches Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung der Reichslande. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Minister der Öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Alle Wünsche des Personal der Reichseisenbahnen werden einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. ...

Minister der Öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Alle Wünsche des Personal der Reichseisenbahnen werden einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. ...

Abg. Dr. Berner-Wieschen (Kritik, Ag.): Eine reichsweite Regelung der Dienst- und Ruhezeiten ist unabwendbar. Die neue Dienst- und Ruhezeiten-Ordnung hat besonders für die Lokomotivführer und Feuerführer ...

Abg. Dr. Hagel (Kritik): Wenn wir Eisenbahnarbeiter den Reichseisenbahnen für uns hätten, so würden wir dem ökonomischen und wirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung entsprechen und dabei doch nicht schief fahren. ...

Minister der Öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Wir machen bei der Vorlegung unserer Unterredung zwischen Eisenbahn- und Militärpersonal 60 Prozent der gesamten Beamtenschaft der Reichseisenbahnen sind Eisenbahnarbeiter. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Boernde (Kont.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Minister v. Breitenbach: Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Minister v. Breitenbach: Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Aus dem Gerichtssaal.

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...

Abg. Böhm (Zentr.): Die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter sind in den letzten Jahren sehr ungünstig. ...